https://michael-hudson.com/2026/11/next-years-nvidia-chips-are-already-sold/

Die Nvidia-Chips für das nächste Jahr sind bereits ausverkauft

16. November 2026 | Glenn Diesen im Gespräch mit Michael Hudson

Glenn Diesen: Herzlich willkommen zurück, liebe Zuschauer. Bei uns ist wieder Professor Michael Hudson zu Gast, der auf seiner Website hervorragende Arbeit leistet. Ich habe den Link in der Beschreibung hinterlegt, also schaut euch seine großartige Arbeit unbedingt an. Schön, Sie wiederzusehen!

Michael Hudson: Es ist schön, wieder hier zu sein, Glenn.

Glenn Diesen: Wenn wir uns also jetzt einmal in der westlichen Welt umschauen, von Polen über Deutschland, Frankreich und Großbritannien bis hin zu den USA, wird die Frage, was Demokratie eigentlich bedeutet, zunehmend angezweifelt. Das heißt, wir haben zwar Demokratien als politisches System, aber gleichzeitig beobachten wir den Aufstieg einer wirtschaftlichen und finanziellen Oligarchie. Daher habe ich mich gefragt – ich weiß, das ist eine große Frage –, wie Sie dieses Thema sehen. Ich meine, wie wirkt sich die finanzielle Oligarchie auf unsere Demokratien aus?

Deformiert das Oligarchat die Demokratie?

Michael Hudson: Nun, Aristoteles schrieb schon vor langer Zeit in seiner Abhandlung über griechische Staatsformen, dass viele Staatsformen zwar den Anspruch auf Demokratie erhoben, in Wirklichkeit aber allesamt Oligarchien waren. Und er beschrieb eine ganze Dynamik, in der es, wie er sagte, Autokratien gibt, in denen dann einige Protestierende die Öffentlichkeit, die Armee und die Bürgerschaft auf ihre Seite ziehen, die Oligarchie stürzen und eine Demokratie errichten – doch am Ende wird alles wieder zur Oligarchie. Und Oligarchien machen sich selbst erblich, woraus eine Aristokratie entsteht, und schon hat man wieder das ganze ewige Dreieck von vorne.

Ich glaube also, dass sich das, was sich als Demokratie ausgibt, in Wirklichkeit als Oligarchie herausgestellt hat, denn der Grund für all diese Unruhen in Frankreich, Spanien und Deutschland sowie für die Demonstrationen in Europa ist, dass die Wähler bei Wahlen und in der Wahlpolitik keine Stimme haben, um ihre unmittelbaren Probleme zu lösen. Und die Probleme, mit denen sie zu kämpfen haben, sind größtenteils die finanzielle Belastung der Haushaltsbudgets sowie die Schließung von Betrieben und der wirtschaftliche Rückgang, der insbesondere durch die derzeitige Ölkrise verursacht wird. Denn die höheren Preise treiben die Kosten für Familien in die Höhe – für Heizung und Beleuchtung ihrer Wohnungen sowie für Benzin und Strom für alles Mögliche –, und insgesamt besteht die Gefahr, dass diese Ölkrise viele Volkswirtschaften in eine ähnliche Lage versetzen wird wie Deutschland nach dem Jahr 2022, als es kein russisches Gas und Öl mehr erhielt.

Die Wähler in Europa scheinen nicht in der Lage zu sein, Merz und Macron loszuwerden und die britische Labour-Partei zu verändern, also haben sie eigentlich keine Stimme. Was für eine Demokratie ist das denn? Egal, wofür sie stimmen, sie sind der Welt, wie sie ist, ausgeliefert, und diese unterliegt weitgehend der US-Politik, Russland zu bekämpfen, den Iran zu bekämpfen und ihnen das anzutun, was sie Venezuela angetan haben, um sich ihr Öl anzueignen – und all das ist ein

Kampf um Öl. Wir wollen die Engpässe im Ölhandel kontrollieren, und wer wird die Gewinne aus dem gesamten weltweiten Ölhandel einstreichen? Wenn Russland und der Iran ihre Ölexport-Einnahmen für sich behalten wollen, hilft uns das nicht weiter.

Wir ziehen gegen sie in den Krieg. Und genau das ist der eigentliche Grund für die ganze Flut von Problemen, das liegt doch auf der Hand. In Europa wächst der Druck seitens der populistischen Kräfte, der Nationalisten, die nationale Souveränität fordern. Sie wollen, dass ihre Länder sagen können: „Wir gestalten unsere Außen- und Innenpolitik im Interesse der Sicherung des Wohlstands und damit wir nicht einfach nur Satellitenstaaten der USA sind, die gegen Russland, den Iran und all ihre Kriege gegen den Rest der Welt aus eigenem Interesse kämpfen." Wie wie wir bereits besprochen haben, ging es bei dem Streit in Polen um die Verfassungskrise: Könnte Polen unabhängig von der EU seine eigenen Regeln haben? Unabhängig von Ursula von der Leyen, Kaja Kallas usw.?

Und sie sind im Grunde genommen verlängerte Arme der NATO, der US-Politik und des Pentagons. Bei all dieser Demokratie geht es also letztlich um nationale Souveränität. Wird Europa zum Wohle der Mehrheit seiner Bürger geführt werden, die günstigere Energie benötigen – oder andernfalls enorme staatliche Subventionen, deren Finanzierung die EU-Vorschriften für nationale Haushalte den Regierungen nicht gestatten –, insbesondere wenn sich die Staatshaushalte alle von Sozialausgaben hin zu Militärausgaben verlagern, was meiner Meinung nach von der Mehrheit der europäischen Wähler nicht befürwortet wird? Was können sie angesichts der Tatsache tun, dass Europa seine Demokratie offenbar verloren hat?

Glenn Diesen: Das ist eine gute Frage. Und es scheint, als hätten wir im Laufe der Jahre alles, was sich in öffentlicher Hand befand, ausgehöhlt und dies als Wirtschaftswachstum bezeichnet. Und als wir sahen, wie sich die wirtschaftlichen Interessen immer weiter von der Öffentlichkeit weg verlagerten, begannen die politischen Eliten, immer weniger Interesse an der Öffentlichkeit zu zeigen oder zumindest auf andere zu reagieren, was zu diesem aktuellen populistischen Aufschwung geführt hat, bei dem die Eliten sehr, sehr weit vom tatsächlichen Volk entfernt sind. Und ich nehme an, in Europa hört man das besonders offen. Wenn politische Führer von Deutschland bis Italien gefragt werden: „Ja, nun, die Öffentlichkeit unterstützt es nicht wirklich, das wenige Geld, das wir noch haben, für Kriege auszugeben."

Und das Argument lautet im Wesentlichen: „Na ja, wir wissen es besser." Und damit ist das Thema dann sozusagen erledigt. Man kann zwar auf die nächste Wahl warten, aber es spielt eigentlich keine Rolle, wen man wählt, denn die Politik ist in Stein gemeißelt. Aber wie sehen Sie das? Wie begründen Sie das? Ist es eine politische Krise, eine Wirtschaftskrise oder eine zivilisatorische Krise?

Die weltweite Zivilisationskrise

Michael Hudson: Es handelt sich um eine Zivilisationskrise in dem Sinne, dass sie derzeit weltweit zu beobachten ist. Wie wird der Rest der Welt darauf reagieren, dass die USA versuchen, andere Länder zu kontrollieren und einzuschüchtern, indem sie Engpässe in der internationalen Wirtschaft schaffen? Der Ölhandel ist ein solcher Engpass. Er wird Länder in eine finanzielle Sackgasse treiben. Werden sie ein Swap-Abkommen mit dem US-Finanzministerium schließen müssen? Oder mit dem IWF und der Weltbank? Und wird das dazu führen, dass das US-Finanzministerium und im Wesentlichen seine Satelliten im IWF und in der Weltbank sagen: „Nun, wisst ihr, wir bewahren

eure Länder davor, eure Währung abwerten zu müssen, und wir werden euch genug Geld leihen, damit ihr eure Unternehmen stützen könnt, damit diese nicht schließen müssen und keine Arbeitslosigkeit verursachen."

Aber dafür gibt es Bedingungen, und ihr müsst den Sanktionen zustimmen, die die Trump-Regierung gegen Russland und China sowie gegen den Iran verhängt hat. Wisst ihr, ihr müsst den Kontakt abbrechen, ihr müsst Russland isolieren, China isolieren und vor allem genau das tun, was ihr gerade tut: eine chinesische Expansion dort nicht zulassen, und ihr müsst die Weichen so stellen, dass amerikanische KI-, Internet- und Computertechnologie in den USA eine Monopolstellung einnehmen kann. Ihr Europäer dürft kein eigenes Internet haben. Wir müssen Chinas Open-Source-KI und all das vermeiden. Es handelt sich also um einen Zivilisationskrieg in dem Sinne, dass die USA zusammen mit ihren europäischen Satellitenstaaten sowie Japan und Südkorea gegen die globale Mehrheit stehen.

China, Russland und der Iran bilden eine kritische Masse, die sich selbst trägt, und jedes der BRICS-Länder, das sie in ihren Einflussbereich aufnehmen können, um zu sagen:

„Der Krieg richtet sich zwar nicht gegen uns, aber ihr seid in einer Allianz mit uns viel besser dran als in einer Allianz mit den USA. Und die Allianz mit uns ist eine Allianz für euren Wohlstand, denn der Westen ist im Grunde genommen finanzkapitalistisch, wie ihr gerade hervorgehoben habt. Und deren Idee ist es, finanziellen Reichtum zu schaffen, doch das Ergebnis ist eine Deindustrialisierung. Wir sind die großen Produzenten, und ihr könnt euch uns anschließen und an der Art von Wirtschaft teilhaben, die wir praktizieren. Und wir wollen zu der ursprünglichen Politik des industriellen Kapitalismus zurückkehren: Große Unternehmen stellen Güter und Dienstleistungen her und investieren ihre Gewinne wieder in den Ausbau der Produktion, um mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen und die Wirtschaft anzukurbeln."

Aber genau das geschieht im Westen seit den 1980er Jahren nicht mehr. Es gab einen starken Druck in Richtung Finanzialisierung, und Unternehmen verwenden ihr Geld für Dividendenausschüttungen und Aktienrückkäufe. Sie versuchen, den Wert ihrer Aktienkurse zu steigern, nicht den Wert und den Nutzen dessen, was sie produzieren.

Ja, es ist eine Frage der Zivilisation: Werden unsere Volkswirtschaften mit dem Ziel eines greifbaren industriellen Wachstums geführt oder dazu, Finanzvermögen anzuhäufen, das letztendlich in den Händen der reichsten zehn Prozent oder sogar des einen Prozents landet – und dieses Vermögen nimmt die Form von finanziellen Forderungen an, die die Mehrheit der Bürger in Schulden halten?

Es handelt sich also um eine ausbeuterische Politik, und die Frage ist, ob die Weltwirtschaft weitgehend ausbeuterisch werden wird und ausländische Wirtschaftsüberschüsse in die USA abzieht. Oder ob andere Länder in der Lage sein werden, ihre eigenen Überschüsse zu nutzen, um zu wachsen und erfolgreich zu werden, indem sie die Geldschöpfung und die Kreditvergabe letztlich in den Händen des öffentlichen Sektors belassen, um sie zugunsten tatsächlicher, greifbarer Kapitalinvestitionen und sozialer Ausgaben zu lenken, anstatt den Finanzsektor zu unterstützen.

Man könnte also in gewisser Weise sagen, es sei mehr als ein Klassenkampf. Es ist ein Kampf darum, welche Art von Kapitalismus es geben wird. Der industrielle Kapitalismus entwickelte sich bereits im 19. Jahrhundert zum Sozialismus, weil die gesamte Idee des industriellen Erfolgs – Großbritannien zur Werkstatt der Welt zu machen und dann die USA an die Stelle Großbritanniens treten

zu lassen, als diese zu Wohlstand aufstiegen, – darauf abzielte, die Lebenshaltungs- und Produktionskosten zu senken, indem wir, die Regierung, Monopole verhindern. Und wir werden natürliche Monopole als öffentliche Unternehmen in öffentlicher Hand behalten: Verkehr, Bildung, medizinische Versorgung, Kommunikation und alle Schlüsseltechnologien. Und die Idee dahinter war, dass es der industrielle Kapitalismus war, der wollte, dass die Regierung dies tut.

Deshalb gab es in Amerika die Kartellgesetze von 1890, den Sherman Act, und Teddy Roosevelt, den „Trust-Buster". Genau das wünscht man sich auch in anderen Ländern, während der Plan der USA darin besteht, so viele Monopole und Engpässe wie möglich über andere Volkswirtschaften zu errichten, diese zu kontrollieren und von deren Produktionserträgen zu profitieren. Nun, schauen wir uns einmal an, was gerade passiert und wie sich all dies zuspitzen wird. In den nächsten Monaten werden die meisten Länder nicht mehr darauf zurückgreifen können, dass die nationalen Erdölreserven der USA, Asiens und Europas auf den Markt geworfen werden, um die Öl- und Gaspreise niedrig zu halten.

Das bedeutet, dass die Öl- und Gaspreise steigen werden. Und wie wir bereits besprochen haben, wird dies viele Unternehmen zwingen, den Betrieb einzustellen, genau wie es in Deutschland im Jahr 2022 geschehen ist. Wie wird es in anderen Ländern weitergehen? Schauen Sie sich an, was während der Asienkrise 1997 und 1998 passiert ist. Dort gab es eine ähnliche Zahlungsbilanzkrise, und auch während der Corona-Krise mussten sie sich an den IWF, die Weltbank und auf Swap-Vereinbarungen mit den USA wenden. Nun, Außenminister Bessent hat gesagt, dass andere Länder zwar unsere Swap-Vereinbarungen in Anspruch nehmen können, der Preis dafür aber im Wesentlichen darin besteht, dass sie unserer Politik folgen und politische, militärische und finanzielle Zugeständnisse machen müssen.

Das wird das Opfer sein, das sie bringen müssen. Und wie werden sich Europa und die Länder des Globalen Südens in dieser ganzen Angelegenheit verhalten? Ich sehe keine andere Möglichkeit für sie, als zu sagen: „Nun, wir werden uns nicht einfach passiv den Plänen der USA beugen, bei denen Donald Trump erklärt hat, dass wir die Straße von Hormus geschlossen halten können, wie Minister Bessent sagte." „Wir müssen sie nicht wieder öffnen." Amerika ist der Hauptgewinner. Ich glaube nicht, dass Amerika davon profitieren wird. Wahrscheinlich wird die Ölkrise auch die US-Wirtschaft treffen.

Aber sicherlich werden andere Länder die Verlierer sein, wenn sie nicht irgendwie auf die Zahlungsbilanzkrise reagieren, in der sie sich befinden, indem sie sagen: „Nun, wen werden wir an die erste Stelle setzen? Sollen wir unserer heimischen Wirtschaft den Vorrang geben oder unseren ausländischen Anleihegläubigern?" Die einzige Wahl, die diese Länder kurzfristig haben, besteht darin zu sagen: „Wir können es uns nicht leisten, unsere Dollar-Schulden bei den USA zu begleichen, deren Dollarzone den Krieg mit Russland und dem Iran ausgelöst hat, der die Ölkrise überhaupt erst verursacht hat. Wir befinden uns in einer Notsituation. Es muss ein Moratorium geben, um uns davor zu bewahren, in eine Depression getrieben zu werden."

Aber sicherlich werden andere Länder die Verlierer sein. Und das ist nicht nur ein Problem für die Länder des Globalen Südens, sondern auch für Europa, denn Europa wird sich in genau derselben Lage befinden. Angesichts der aktuellen Demonstrationen und des Drucks, diese hohen Preise zu vermeiden: Wenn die Regierung uns keine Subventionen gewähren kann, weil sie ihren Haushalt gemäß den EU-Vorschriften für Militärausgaben zur Bekämpfung Russlands verwenden muss, dann

sollten wir doch mit Russland Handel treiben und unsere Preise niedrig halten. Warum lohnt es sich wirklich, unseren Lebensstandard, unsere Arbeitsplätze und unsere wirtschaftliche Expansion zu opfern, nur um Russland und China zu bekämpfen?

Was haben wir von diesem Kampf? Das ist so ähnlich wie damals, als sich Israel aus Judäa zurückzog und sagte: „Was haben wir mit dem Haus Davids zu tun?“ Wie kommt das uns allen in der Bibel zugute, die sich abgespalten haben? Diese Art von Spaltung – von einem ausbeuterischen Zentrum ausgehend – findet seit biblischen Zeiten in Ländern statt. Und ich sehe nicht, wie das heute möglich sein soll, aber es erfordert Planung. Man kann nicht einfach sagen: „Na ja, es wird eine Krise geben – was wird dann passieren?“ Sie müssen einen Plan haben.

Und jeder Plan, den Europa, die Länder des Globalen Südens und diese globale Mehrheit haben – nun ja, wir brauchen eine Alternative zum IWF und zur Weltbank, um Kredite zu Bedingungen zu erhalten, die nicht erfordern, dass wir zu Satelliten der US-Außenpolitik werden und uns Amerikas Krieg um Öl anschließen, der unsere Volkswirtschaften zerstört. Es muss eine umfassende Alternative geben, und dazu gehört auch eine Reform der Vereinten Nationen, wie Präsident Putin in Russland immer wieder betont hat. Die Russen und die Chinesen haben sich meiner Meinung nach ziemlich offen zu der Art von Alternative geäußert, die sie zu fördern versuchen.

Und ich denke, diese Alternative wird in erster Linie von Russland und China gemeinsam mit dem Iran entwickelt werden, da die BRICS-Staaten politisch, wirtschaftlich und hinsichtlich ihrer geografischen Loyalitäten zu unterschiedlich sind. Wo wird Indien stehen, wo wird sogar Brasilien stehen? Ich denke, es wird einige Jahre dauern, bis sich die Krise geklärt hat. Es wird kein kurzer Prozess sein. Es wird eine sehr problematische Übergangsphase geben. Und man kann derzeit noch nicht sagen, wie es genau aussehen wird, aber ich glaube, es wird eine zivilisatorische Wende sein – im Sinne eines Bruchs mit einer unipolaren Weltordnung hin zu einer multipolaren Ordnung.

Glenn Diesen: Ich stimme dem Argument hier allerdings zu. Aber genau deshalb frage ich mich auch immer wieder, wie der westliche Kapitalismus heute reformiert werden kann, denn wie Sie argumentieren, haben wir uns ziemlich weit vom industriellen Kapitalismus des 19. Jahrhunderts entfernt. Ich meine, das, worüber Alexander Hamilton, Friedrich List und all die anderen gesprochen haben – das ist längst vorbei. Und was wir jetzt haben, insbesondere in den letzten vierzig Jahren, ist diese zunehmend finanzialisierte Wirtschaft, die, wie Sie gesagt haben, weitgehend von diesen extraktiven, rentenorientierten Aktivitäten geprägt ist, die auch dafür sorgen, dass sich der Westen nicht wirklich gut erholen kann – denn wie sollen die USA oder die Europäer mit China konkurrieren, wenn es all diese zusätzlichen Variablen gibt, all diese zusätzlichen Kräfte, die dem Produktionsprozess Wohlstand entziehen?

Unter diesen Umständen kann man unmöglich mithalten. Wenn wir nun bei dieser Ausbeutung einen Punkt erreicht haben, an dem nicht nur unsere eigene Bevölkerung verarmt ist, sondern auch die Möglichkeit, andere Staaten auszubeuten – wie Sie andeuten –, dann neigt sich dies dem Ende zu. Denn im technologischen und im finanziellen Bereich ziehen sich alle zurück und schaffen ein hohes Maß an geoökonomischer Autonomie. Es fühlt sich also einfach so an, als hätten wir hier das Ende der Fahnenstange erreicht. Das ist anders als bei den anderen Wirtschaftskrisen, die kommen – da gibt es ja einen Einbruch, dann eine Erholung, aber diesmal sehe ich diese Erholung nicht.

Um es kurz zu machen: Was kommt danach für den Westen?

Wie geht es für den Westen weiter?

Michael Hudson: Die Frage, über die wir meiner Meinung nach nun schon seit einigen Monaten diskutieren, lautet: Welche Art von Kapitalismus werden die Länder haben? Und wie kann der westliche Kapitalismus reformiert werden? Das war die ursprüngliche Frage, die Sie in dieser Diskussion stellen wollten. Und meine Lösung lautet: Das gesamte Versprechen des industriellen Kapitalismus war ein sich selbst verstärkendes Wirtschaftswachstum. Die Idee des Kapitalismus war, dass wir die Volkswirtschaften von Monopolen befreien würden. Wir werden sie von einer Klasse abwesender Grundbesitzer befreien, die wirtschaftliche Rente abschöpft und die Preise in die Höhe treibt. Die gesamte Idee des Kapitalismus basierte auf der klassischen Wirtschaftstheorie, dem Konzept von Wert, Preis und Rente.

Die ganze Idee ist, ein Land wettbewerbsfähig zu machen – so wie Großbritannien –, es zur Werkstatt der Welt zu machen. Man musste die Preise auf das Niveau der tatsächlichen Kosten senken. Man musste alle unnötigen Produktionskosten beseitigen, die keine Rolle in der Produktion spielten, wie zum Beispiel die an den Landadel gezahlte Grundrente. Nun, Europa hat die Macht des House of Lords in Großbritannien und ähnlicher Oberhäuser in Europa abgeschafft, die es dem Landadel ermöglichten, die Steuerpolitik zu kontrollieren. Das haben sie behoben. Sie haben die Monopole beseitigt, die ein Überbleibsel des Feudalismus waren, als internationale Banker den Königen geholfen hatten, diese Monopole zu schaffen, um einen Weg zu finden, die von ihnen aufgenommenen Kriegsschulden zu begleichen.

Die ganze Idee des Kapitalismus bestand also darin, das gesamte viktorianische Zeitalter zu betrachten – also von 1815 bis zum Ende der Napoleonischen Kriege. Bis zum Ersten Weltkrieg war der Kapitalismus relativ frei. Es gab zwar den Krimkrieg und den Deutsch-Französischen Krieg, doch diese Ereignisse haben die USA nicht wirklich erschüttert. Die Grundidee bestand darin, den wirtschaftlichen Überschuss für das inländische Wachstum zu nutzen und den internationalen Kreditmarkt ab den 1820er Jahren zu erschließen. Britische und französische Banken sowie Wertpapiermaklerfirmen – große Kreditinstitute – begannen, Kredite an Regierungen zu vergeben, und zwar nicht für Kriegszwecke, sondern um die Industrialisierung voranzutreiben.

Die Kredite funktionierten nicht, sie funktionierten nicht gut, es kam sehr schnell zu Zahlungsausfällen, aber zumindest gab es einen umfassenden Versuch des feinen industriellen Kapitalismus, sich im Wesentlichen zum Sozialismus weiterzuentwickeln, wobei die staatlichen Ausgaben anstelle privater Monopole eine immer größere Rolle spielten. Es war das Gegenteil des Thatcherismus. Das Gegenteil der Reaganomics. Man könnte also sagen, dass das, was China getan hat – und was China als Sozialismus mit chinesischen Merkmalen bezeichnet –, genau das ist, was man sieht, wenn man sich die Details ansieht: Was haben sie getan? Es ist dieselbe Politik, die zuerst Großbritannien und dann die USA verfolgten.

Der Unterschied besteht darin, dass China dies viel intensiver umgesetzt hat als der Westen: China hat die Geldschöpfung und die Kreditvergabe – also die Frage, wer Kredite erhält und wofür diese verwendet werden – als öffentliche Aufgabe beibehalten. Und genau darauf zielt der industrielle Kapitalismus immer ab. In Deutschland geschah dies informell im späten 19. Jahrhundert. Das gesamte Konzept des mitteleuropäischen Bankwesens beruhte auf einer Dreierallianz zwischen Regierung, Schwerindustrie, Stahlindustrie – eng verbunden mit der Rüstungsindustrie – und den

Banken. Die deutschen Banken wurden dazu angehalten, ihre Gewinne und Dividenden nicht auszuschütten, sondern sie immer wieder zu reinvestieren.

Und wir wollen, dass unsere Gläubiger und Banken an unseren Gewinnen teilhaben und von der steigenden Ertragskraft profitieren, die Sie durch die Steigerung der Produktion erzielen. Das war das gesamte Modell des deutschen Industriekapitalismus, der dem britischen Kapitalismus, der noch immer von der Bankerklasse dominiert wurde, so weit voraus war. Nun, auch in den USA gab es einen zentralen Gedanken der Kreditvergabe an die Industrie. Das war hier die Ideologie. China ist es tatsächlich gelungen, dies umzusetzen. Wenn China also Geld schafft, verleiht es dieses nicht an Finanzunternehmen, die sagen: „Wir werden das nutzen, wir werden Geld leihen“, um Aktien und Anleihen aufzukaufen, die Kurse in die Höhe zu treiben und Unternehmen zu übernehmen.

Und wir können ein Unternehmen übernehmen und dessen Immobilien veräußern, um dann gegen Entgelt eine Immobiliengesellschaft zu gründen – und diese Immobiliengesellschaft, egal ob es sich um einen Hamburger-Laden oder etwas anderes handelt, kann dann die Muttergesellschaft davon entbinden, das Eigentum an den Immobilien zu verpachten, um Miete an diese Gesellschaft zu zahlen, und wir, die Übernahmekünstler, können uns einfach eine Dividende auszahlen. Nun, am Ende sieht die gesamte Wirtschaft aus wie „Thames Water“ in England oder wie all die katastrophalen Investitionen in die Eisenbahn. Sie sieht aus wie die Wirtschaft nach der Thatcher-Ära. Das ist wirklich die Wahl, vor der wir stehen.

Der Westen kann also nur reformiert werden, indem man diese Entwicklung zurückdreht, die ihn zu einem im Wesentlichen räuberischen Finanzkapitalismus gemacht hat. Die Bankerklasse stellt eigentlich keine Produkte her. Sie vergibt Kredite und zieht ihre Zinsen, Finanzgebühren und sonstigen Einnahmen aus der Produktions- und Konsumwirtschaft. Das Gleiche gilt für Monopole, das Gleiche gilt in den USA für das gesamte KI-Monopol. Und das Monopol im Bereich der Informationstechnologie wird gerade versucht zu etablieren. Und genau darum geht es bei dem ganzen Kampf gegen Nvidia und Huang. Es geht um die Idee, die chinesische Wirtschaft von der Teilnahme an diesem technologischen Fortschritt, den wir im 21. Jahrhundert erleben, abzuschotten, damit sie vollständig einem US-zentrierten Finanzmonopol unterworfen werden kann – denn der Finanzsektor war schon immer die Mutter der Kartelle.

Das Unwesen der Banken

So werden Banken in den USA genannt, der Wiege der Kartelle. Es war der Finanzsektor, der die Stahlindustrie in Kartelle organisierte, das Kupferkartell und all die anderen Kartelle. All dies war Finanzmanagement, das all dies hervorgebracht hat, und genau das veranlasste die US-Industriellen zu der Feststellung: „Wir werden nicht in der Lage sein, uns zu einer Industriemacht wie Großbritannien zu entwickeln, wenn wir zulassen, dass die gesamte Wirtschaft monopolisiert wird – das wird unsere Produktionskosten und die Lebenshaltungskosten für die Menschen in die Höhe treiben, und wir werden international nicht mehr wettbewerbsfähig sein.“

Wir müssen Monopole beseitigen, um die Preise an den Wert anzupassen. Und genau darauf lag der Schwerpunkt der klassischen Werttheorie: die Preise durch die Beseitigung wirtschaftlicher Rente an den Wert anzupassen. Die heutigen westlichen Volkswirtschaften haben sich alle zu Rentiersystemen entwickelt, zu Volkswirtschaften, die auf Rentensuche aus sind – sei es im Immobilienbereich durch Grundrente, durch Monopole bei natürlichen Ressourcen oder durch Technologierente –

und überall dort, wo sie einen Engpass schaffen können. Und natürlich ist das größte Monopol überhaupt das Bankwesen. Denn bei den Privatbanken ist im letzten Jahrhundert etwas geschehen, was zu Beginn des Bankwesens noch nicht der Fall war. In Europa wurde das Zentralbankwesen als Mittel der Regierung entwickelt, um Kredite zur Finanzierung der Kriegsausgaben Großbritanniens und Frankreichs bereitzustellen.

Das war der Grundgedanke der Bank of England und von John Laws Bank von Frankreich. Doch in den USA verfolgte die Regierung bei der Gründung der Federal Reserve eine eher rückständige, auf Edelmetalle ausgerichtete – und nicht besonders fortschrittliche – Finanz- und Geldpolitik; daher erklärte die Federal Reserve: „Nun, unsere Aufgabe wird es sein, den privaten Bankensektor zu unterstützen, nicht das US-Finanzministerium.“ Das US-Finanzministerium bestand bis weit ins 20. Jahrhundert hinein darauf, dass alle seine wesentlichen Einnahmen, Zolleinnahmen, ausschließlich in Edelmetall – in Silber- und Goldmünzen – gezahlt werden sollten, also überhaupt nicht in Papiergeld.

Und so bestand die ganze Idee der Federal Reserve darin, dem privaten Bankensystem die Schaffung von Papiergeld zu ermöglichen. Das war der Streit, der schon seit der Zeit bestand, als Präsident Andrew Jackson in den 1890er Jahren gegen Henry Clay kämpfte, wobei Henry Clay wollte, dass das amerikanische System ein Bankensystem zur Finanzierung der Industrie umfasste. Nun, es bedurfte der Gründung der Federal Reserve und einer umfassenden Reaktion auf eine amerikanische Krise, um im Wesentlichen eine Art industriellen Kapitalismus zu schaffen, der zu einem so starken Bankensektor führte, dass die Banken die Kontrolle darüber übernahmen, wo Kredite vergeben wurden und an wen sie vergeben wurden.

Der Bankensektor hier – und dasselbe geschah auch in Europa – hat sich mit dem Immobiliensektor und den Monopolbranchen verbündet, um gegen die klassische Wirtschaftstheorie anzukämpfen. Und wenn man sich die Geschichte des ökonomischen Denkens ansieht, dann war der gesamte Kampf zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Grunde ein Kampf gegen die klassische politische Ökonomie. So etwas wie wirtschaftliche Rente gibt es nicht. Man soll Grundbesitz nicht besteuern, wie es Großbritannien ein Jahrhundert lang versucht hat. Wissen Sie, man sollte wirtschaftliche Rente nicht besteuern. Jeder ist produktiv. Banken tragen zu diesem Prozess bei. Und wenn man sich, wie wir bereits gesagt haben, die Bruttonationaleinkommens- und BIP-Konten ansieht, werden Bankzinsen als Produkt gewertet.

Rente ist ein Produkt, Zinsen sind ein Produkt, Strafgebühren der Banken sind ein Produkt. Wenn man sich die Zusammensetzung des BIP Westeuropas und Amerikas ansieht, stellt man fest, dass es sich größtenteils um die Abschöpfung von Renten handelt. Es handelt sich größtenteils um Bodenrente, Monopolrente, Rente aus natürlichen Ressourcen sowie Finanzzinsen und -erträge. Nun, genau deshalb setzen sie in China auf Geld- und Kreditschöpfung und konzentrieren sich dabei auf Kredite an produktive Wirtschaftszweige und produktive Unternehmen, die tatsächlich etwas produzieren. Wie wir gesehen haben, haben sie zu viele Kredite an die Immobilienbranche und die Bauindustrie vergeben.

Aber sie haben auch dafür gesorgt, dass im Rahmen der gesamten chinesischen Politik Kredite für langfristige Forschung, Entwicklung und Investitionen zur Verfügung stehen, deren Aufbau viel Zeit in Anspruch nimmt. Diese Politik hat es China ermöglicht, genügend internationale Reserven anzuhäufen, um eine kritische Masse zu erreichen, sodass es nicht auf die Pläne der USA angewie-

sen ist und sich der ausländischen Finanzkontrolle entziehen kann. Es kann es sich leisten, autark zu sein und seinen asiatischen Nachbarn tatsächlich Investitionen und Kredite im Rahmen der „Belt and Road“-Initiative zur Verfügung zu stellen, um so seine Wirtschaft gemeinsam mit anderen Ländern auszubauen. Nun, das ist eine Art Expansion, von der man sagen könnte, dass es genau das ist, was der industrielle Kapitalismus versucht zu tun, und man kann es Sozialismus nennen, aber im späten 19. Jahrhundert nannten sogar die Industriekapitalisten es Sozialismus – bevor „Sozialismus“ zu einem Schimpfwort wurde. Und im Grunde ist es genau das, was Europa tun muss.

Sie muss an jene Tradition anknüpfen, die ihre Sozialdemokratie in den ersten zehn Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg noch so produktiv gemacht hat. Und im Grunde kann sie zu ihren Ursprüngen zurückkehren, doch dafür bedarf es einer Analyse: Worauf wird sich unsere BIP-Analyse konzentrieren? Was werden wir in den Vordergrund stellen? Werden wir den Produktions- und Konsumsektor in den Vordergrund stellen? Oder werden wir den Immobiliensektor und dessen Finanzierung betonen und im Wesentlichen Kredite schaffen, um bereits existierende Immobilien, Unternehmen, Aktien und Anleihen zu kaufen – oder solche, die bereits existierten –, wobei Kredite lediglich dazu dienten, die Preise in die Höhe zu treiben und die Vermögenspreise aufzublähen? Und genau so schaffen wir im Westen Wohlstand.

Und ist das die Art von Wohlstand, die wir schaffen wollen? Steigende Aktien- und Anleihekurse, oder ist es Wohlstand in Form von Produktionskapazität, Produktivität, Beschäftigung, steigendem Lebensstandard und dem, was die führenden asiatischen Länder tun? Wie wird die Entscheidung ausfallen?

Glenn Diesen: Ja, das ist eine gute Frage. Nun, ich denke, wenn keine Veränderungen vorgenommen werden, werden vielen dieser Länder Veränderungen aufgezwungen werden. Aber wir sehen derzeit bereits einige Umwälzungen im Finanzsystem. Vielleicht ist das hier ein kleiner Exkurs, aber da Sie die Technologiebranche erwähnten, würde mich interessieren, wie Sie die aktuelle Finanzkrise im Zusammenhang mit Nvidia einschätzen, denn das hängt ja direkt mit der Tech-Branche zusammen. Ich meine, haben Sie eine Meinung zu diesem ganzen Drama, das sich gerade um Jensen Huang und all diese Probleme abspielt?

Das Nvidia-Drama

Michael Hudson: Die Finanzkrise in der Tech-Branche ist bislang rein finanzieller Natur. Und nach dem, was ich aus den Presseberichten entnehme, hat das chinesische Unternehmen Huang, das Nvidia-Chips gekauft hat, diese tatsächlich erworben, um Rechenzentren mit Nvidia-Chips aufzubauen, die anderen Ländern zur Nutzung offenstehen – darunter sowohl chinesische Unternehmen als auch Unternehmen aus anderen Ländern. Es handelt sich um dieselbe Art von Rechenzentren, wie sie die arabischen Republiken, Saudi-Arabien und Bahrain aufzubauen versuchen. Das ist alles völlig legal, und es gibt bereits seit ein oder zwei Jahren eine Debatte, in der der Nvidia-Chef Huang gesagt hat: „Ich will den chinesischen Markt, denn der macht zwanzig Prozent unserer Gewinne aus, wenn man direkt und indirekt betrachtet, wer unsere Chips kauft. Und wir brauchen diese Gewinne, um unsere Forschung und Entwicklung sowie unsere Innovationen weiterhin finanzieren zu können. Außerdem nutzen wir unsere Gewinne, um unsere Geschäftstätigkeit tatsächlich auszuweiten.“

Das war also sein Argument, und er überzeugte das Handelsministerium unter Lutnick sowie Trump davon, dass all dies im Interesse von Nvidia liege und das Unternehmen tatsächlich stärker mache. China seinerseits versuchte, diese Importe zu blockieren. Es wies seine chinesischen Unternehmen an, keine Nvidia-Chips zu kaufen. Auch wenn die chinesischen Chips langsamer sind:

„Wir werden niemals in der Lage sein, zu den USA aufzuschließen und sie zu überholen, es sei denn, wir entwickeln unsere eigene Technologie dafür. Und wir chinesischen Unternehmen wie Huawei müssen genügend Gewinn erzielen, damit wir uns die Forschung und Entwicklung leisten können, die uns hilft, den Rückstand aufzuholen – ganz zu schweigen von all den technischen Hochschulen in China, die wir unterstützen."

Und denken Sie daran: Die meisten Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas haben einen MINT-Hintergrund, also einen Hintergrund in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Das ist also ihr ganzer Schwerpunkt in dieser Frage. Und offenbar befinden sich eine halbe Million Nvidia-Chips in Hongkong, für deren Einfuhr zur Nutzung durch chinesische Unternehmen die Genehmigung aus China noch aussteht.

Es ist also einfach lächerlich zu behaupten, man wolle Nvidia als Teil eines Netzwerks darstellen, das chinesischen Spionen unterliegt. Es ist genau das Gegenteil. Anscheinend ist es Außenminister Rubio, der China hasst und gesagt hat: „Egal was passiert, wir wollen China abschneiden." Die Amerikaner glauben, dass die Verhängung von Sanktionen China etwas antun wird, was es noch nie zuvor gegeben hat. Normalerweise wird ein Land, wenn man Sanktionen gegen es verhängt, unabhängig davon. Es sagt sich: „Okay, wenn wir nicht bei euch kaufen können, müssen wir es eben selbst entwickeln." Und das war … Nvidias Argument.

Wenn man Nvidia nicht erlaubt, seine Chips an China zu verkaufen, dann werden sie unabhängig und müssen ihre Chips nicht mehr bei einem amerikanischen Unternehmen kaufen. Und die gesamte Mentalität der Amerikaner ist irgendwie, dass andere Länder einfach auseinanderfallen, wenn man sie vom Kontakt mit einem abschneidet. Sie seien nicht in der Lage, durch Unabhängigkeit darauf zu reagieren. Nun, schaut euch an, wie all die Sanktionen gegen Russland nach hinten losgegangen sind. Wie wir bereits besprochen haben, wurden in Russland Sektoren wie Landwirtschaft sowie die Lebensmittel- und Bekleidungsproduktion mit Sanktionen belegt. Sie haben ihre eigenen unabhängigen Unternehmen aufgebaut und sind nun unabhängig vom Westen.

Die US-Sanktionen treiben andere Länder dazu, sich von all dem unabhängig zu machen. Und so schlägt das Ganze nun ins Gegenteil um. Nun hat sich herausgestellt, dass Huang nicht nur diese industriell-kapitalistische Politik betrieb, sondern auch Finanzkonstrukte einsetzte, die noch schwerwiegender waren als die industriellen Konstrukte. Er wollte zeigen, wie schnell die Gewinne von Nvidia wuchsen. Und angesichts dieser Wachstumsentwicklung sagte er den Konkurrenzunternehmen:

„Wir wissen, dass ihr expandieren müsst – das gesamte Kapital, das ihr beschafft habt, dient dazu, neue Rechenzentren und neue Systeme zu schaffen, damit ihr noch mehr Daten verarbeiten könnt, um diese an eure Kunden zu verkaufen und mehr künstliche Intelligenz zu entwickeln. Nun, dafür müsst ihr mehr Chips kaufen. Wir wissen, dass Sie, wenn Sie diesen Auftrag, den Sie in diesem Jahr tätigen wollten, umsetzen, fünf Jahre brauchen werden, um diese Rechenzentren aufzubauen. Wenn Sie möchten, dass wir an Sie verkaufen, wird die Kapazität begrenzt sein. Wenn Sie möchten, dass

wir Sie auf die Liste der bevorzugten Kunden für den Kauf unserer Nvidia-Chips setzen, müssen Sie ein Jahr im Voraus kaufen, also Vorräte anlegen. Wir wollen, dass Sie Vorräte von uns anlegen."

Also haben ihre Großkunden nicht nur die Nvidia-Chips für dieses Jahr gekauft, sondern auch das, was sie für das nächste Jahr und vielleicht sogar für das Jahr danach brauchten.

Und all diese Pläne basierten auf der Annahme, dass in den gesamten USA Rechenzentren gebaut werden würden. Und das war, bevor all die Gegenreaktionen und Proteste lokaler Gemeinden hier aufkamen – besorgte Bürger sagten: „Moment mal, wenn diese Rechenzentren in unseren Gegenden gebaut werden, werden sie erstens alle mit Strom betrieben. Und das wird unsere Strompreise in die Höhe treiben. Und wir werden darunter leiden." Das nennt man externe Kosten. Und sie müssen gekühlt werden, weil der Strom für den Betrieb der Nvidia-Chips Wärme erzeugt – sehr viel Wärme –, und dafür wird Wasser benötigt.

Aber trotz der großen Wassermengen leiden viele westliche Bundesstaaten der USA angesichts der globalen Erwärmung und der Wetterextreme mittlerweile unter Dürre. Die Wasserstände sinken. Das ist eine Krise. Daher richteten sich fast alle Volksabstimmungen, über die bei den Wahlen vor einigen Wochen auf lokaler Ebene abgestimmt wurde, gegen den Bau von Rechenzentren. Das ist in den Vereinigten Staaten zu einem politischen Streitpunkt geworden. Und was machen nun all diese Unternehmen, die Nvidia-Chips für Rechenzentren vorbestellt haben, deren Bau nun ins Stocken geraten ist? Nun, eine Zeit lang haben die arabischen Republiken und Saudi-Arabien gesagt: „Na gut, baut die Rechenzentren hier."

„Wir versorgen euch mit der Energie, die ihr braucht." Nun, viele dieser Anlagen wurden vom Iran im Rahmen der Reaktion auf den Iran-Krieg bombardiert und sind außer Betrieb gesetzt worden. Wo sollen diese Rechenzentren nun gebaut werden? Und was werden diese Unternehmen mit den Chips machen? Nun, wenn sie die Nvidia-Chips, die sie für die nächsten Jahre benötigen, bereits im Voraus gekauft haben, werden sie einfach sagen: „Wir haben genug für den Bedarf der nächsten Jahre. Wir werden dieses oder nächstes Jahr keine weiteren Chips kaufen, bis …" – lassen Sie uns hier einfach wieder die Just-in-Time-Praktiken einführen.

Die Gewinne von Nvidia werden stark zurückgehen. Herr Huang ist nicht mehr für Nvidia verantwortlich. Das ist der springende Punkt. Dies wird nicht nur zu einem massiven Ausverkauf von Nvidia-Chips führen, sondern auch dazu, dass die gesamte KI-Blase platzen wird. Und diese Blase – die KI-Branche, die „Magnificent Seven" – war im Grunde genommen das, was den Aktienmarkt gestützt hat. Der Löwenanteil der Gewinne der gesamten amerikanischen Aktienmärkte beruhte auf der geplanten Expansion der KI, die sich ausschließlich auf Nvidia-Chips konzentrierte.

Und all das bricht gerade zusammen. Ich denke also, das ist die Finanzkrise, auf die Sie sich bezogen haben.

Glenn Diesen: Ich finde das einfach interessant. Es ist wie ein „perfekter Sturm". Da ist zum einen die Finanzkrise, zum anderen die KI. Nun, das ist, wie Sie sagten, im KI-Sektor ebenfalls eine Finanzkrise, und andere Länder ziehen sich gewissermaßen zurück. All diese Dinge passieren gleichzeitig. Ich habe einfach das Gefühl, dass auch die Lernkurve innerhalb der politischen Klasse ziemlich erstaunlich ist. Ich meine, es ist so, wie du angedeutet hast: Sie verhalten sich immer noch, als wären wir in den Neunzigern. Das heißt, sie setzen auf Sanktionen oder wirtschaftlichen Zwang.

Sie gehen davon aus, dass die Betroffenen keinen Ausweg haben und daher im Grunde entweder zusammenbrechen oder alle Forderungen Washingtons akzeptieren müssen.

Aber wissen Sie, mit vielen Machtzentren ist die multipolare Welt, in der wir derzeit leben, bereits Realität. Ich meine, was wir oft beobachten, sind all diese Sanktionen, die im Grunde nichts anderes bewirken, als dass sich die Betroffenen selbst isolieren. Sie geben diesen riesigen Marktanteil aus der Hand und schneiden sich damit im Grunde selbst ab. Und wie Sie angedeutet haben, ist es bei China so, dass sie sich vom chinesischen Chipmarkt abschotten. Ich meine, das war ein riesiger Teil des Marktes, an den sie verkauft haben. Und dieses Geld hätte für Forschung und Entwicklung verwendet werden können. Plötzlich stellt sich die Frage: Woher soll dieses Geld nun kommen?

Und wie Sie bereits angedeutet haben, tun die Europäer genau dasselbe. Sie schneiden sich von all dieser billigen Energie aus Russland ab. Und was wird mit ihren energieintensiven Industrien in ganz Europa passieren? Nun, sie sind nicht wettbewerbsfähig. Und was die Sache noch schlimmer macht: Wir sehen, dass die Russen diesen riesigen Energiefluss nun nach Osten, nach Asien, umleiten. Plötzlich werden sie mit billiger Energie überschwemmt. Und nun werden ihre Industrien, insbesondere die energieintensiven, gegenüber den europäischen deutlich wettbewerbsfähiger. All das war also sehr gut vorhersehbar.

Ich meine, ich erinnere mich, dass ich schon vor fast fünf Jahren davor gewarnt habe, als dieser ganze Unsinn anfing, und ich erinnere mich, dass mir gesagt wurde: „Ach nein, die Russen werden innerhalb einer Woche auseinanderfallen.“ Und im Grunde drehten sich alle Diskussionen um die Vorstellung, dass wir immer noch in den 1990ern leben. Genauso war es mit der Abschottung gegenüber China – der Vorstellung, dass ältere Technologiegiganten dann ins Straucheln geraten würden, wenn sie keinen Zugang zu amerikanischen Chips hätten. Die ganze Vorstellung, dass die Welt lernt, ohne den Westen zu leben – ich meine, ohne die Technologien, die Industrien, die Finanzbranche. Ich wünschte, die Lernkurve wäre hier etwas steiler verlaufen, denn jegliche Reformen werden jetzt viel schwieriger werden. Und meine große Befürchtung ist, dass sich bei fehlender wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit – also wenn sich das Wirtschaftswachstum verlangsamt – der Kampf von der Schaffung von Wohlstand hin zur Aneignung von Wohlstand verlagert.

Und die Rhetorik, die wir jetzt aus den USA hören – „wir haben ihr Öl genommen, wissen Sie: Dem Sieger gehört die Beute“ – solche Sprüche. Das ist sehr besorgniserregend. Wie auch immer, haben Sie noch ein paar abschließende Gedanken?“

Europa ist orientierungslos

Michael Hudson: Nun, die Situation wird durch den ganzen Krieg noch komplizierter, um auf das zurückzukommen, worüber wir ursprünglich gesprochen haben. Der Krieg mit Russland hat die EU in diese Partnerschaft – eine sehr untergeordnete Partnerschaft – mit den USA gezwängt. Und da gibt es ein Problem. Die politische Einmischung der USA hat den sozialistischen Parteien in Europa gewissermaßen den Garaus gemacht. Diese Einmischung findet seit dem Zweiten Weltkrieg statt und betrifft auch die anderen Parteien, die früher progressiv waren. Es sieht also so aus, als wären nur noch die rechtsnationalistischen und populistischen Parteien eine Alternative, aber ihre Pläne beinhalten wirklich nicht das, worüber wir gesprochen haben – nämlich einen Industrieplan –, weil es sich um rechte Parteien handelt.

Der Euro selbst ist Teil des Problems für Europa. Er schränkt die Möglichkeiten der einzelnen Länder ein, Haushaltsdefizite zu verzeichnen und eine keynesianische Politik zu betreiben. Gerade jetzt, wo die europäischen Länder staatliche Ausgaben zur Stützung der Wirtschaft benötigen, um den Anstieg der Öl- und Gaspreise abzufedern, werden sie dazu nicht in der Lage sein. Nicht nur, weil sie in der Höhe der Haushaltsmittel, die sie aufbringen können, eingeschränkt sind, sondern auch, weil die staatlichen Ausgaben auf den militärischen Aufbau verlagert werden, um die Ukraine zu unterstützen und gegen Russland zu kämpfen – alles im Dienste der Forderungen der USA, Russland zu zerschlagen und China zu isolieren, damit die USA die Kontrolle über die Wirtschaft behalten können, einschließlich Europas selbst.

Man könnte also sagen, dass Europa, indem es nicht unabhängig wird und sich nicht wehrt, Teil seines eigenen Selbstzerstörungstriebs ist. Es hat kein Programm, keine Politik, um sich zu wehren, abgesehen von der Politik der Rechten, da seine Linke gewissermaßen zerstört wurde. Und es wird China nicht als Beispiel dafür betrachten, wie die britische und amerikanische Politik des industriellen Kapitalismus erfolgreich umgesetzt wird. Es hat also eigentlich kein Ziel, es hat kein Vorbild. Es treibt im Moment gewissermaßen vor sich hin, es ist orientierungslos.

Glenn Diesen: Das gibt Anlass zur Sorge. Ich sehe nämlich keine schlüssigen Ideen oder Visionen darüber, wohin sich Europa entwickelt. Ich meine, zumindest was die USA angeht, hätte ich einen anderen Weg eingeschlagen, als allen Verbündeten Reichtum abzuzweigen und diese Monroe-Doktrin zu verfolgen – all das hätte ich vielleicht anders gehandhabt, aber zumindest sieht man, dass es einen Plan gibt, wie man sich auf diese neue Rolle in der Welt einstellen kann. Aber bei den Europäern gibt es keine Vision, es wird nicht darüber gesprochen. Es gibt gar nichts. Es heißt nur: „Wir müssen Russland besiegen“, und dann noch ein paar emotionale Parolen.

Das ist eine gewaltige Zivilisationskrise, wie Sie sagten. Es geht darum: Welches Wirtschaftsmodell werden sie haben? Welches Sozialmodell? Es gibt derzeit Politiker, die sagen: „Wir müssen den Sozialstaat aufgeben, um einen Kriegsstaat aufzubauen“, und es gibt keinen wirklichen Widerstand dagegen. Niemand kann Widerspruch einlegen, weil wir gleichzeitig auch viele unserer politischen Freiheiten aufgeben. Und wie sieht das geopolitische Modell nun aus, da die USA sich zurückziehen? Das ist Wunschdenken: „Ordnen wir uns ein bisschen unter, lassen wir uns ein bisschen schwächen“, und statt dass die USA weniger Wert auf Europa legen, werden sie Europa stattdessen irgendwie belohnen.

Ich meine, das ist alles Wunschdenken und Ablenkung und einfach nur die Hoffnung, dass sich alles in einem großen, glorreichen Krieg zum Guten wenden lässt. Das ist schon irgendwie deprimierend. Wie auch immer.

Michael Hudson: Es ist auch eine Frage der Denkweise. Die Europäer, mit denen ich spreche, sagen mir immer wieder: „Wir brauchen die USA, wir können das nicht alleine schaffen.“ Und all das spiegelt sich darin wider, wie von der Leyen sich allen Zollforderungen Trumps gebeugt hat, indem sie sagte: „Wir werden die Zölle für Europa auf fünfzehn Prozent zurückfahren“, aber Europa muss einen Großteil seiner Investitionen in die USA verlagern, anstatt zu investieren, um die eigene Arbeitskraft zu beschäftigen. Europa muss in Amerika investieren, um amerikanische Arbeitskräfte zu beschäftigen. Und von der Leyen hat all dem zugestimmt.

Und wie kann das sein? Wie können die Europäer behaupten: „Wir haben keine Wahl. Wir brauchen die Unterstützung der Amerikaner, weil sie uns vor der russischen Armee schützen, die einmarschieren würde.“ Vermutlich mit Elefanten, so wie Hannibal in Russland einmarschierte, oder einer ähnlichen Fantasie, die sie hegen. Europa lebt also in dieser Fantasie der Abhängigkeit. Es ist fast so, als wäre es durch seine Vergangenheit traumatisiert und hätte deswegen Schuldgefühle. Trotz dieser Schuldgefühle und der Traumatisierung durch seine Vergangenheit unterstützt es in der Ukraine genau dieselbe Art von Nationalsozialismus, der Europa im Zweiten Weltkrieg vernichtet hat.

Das ist das Bizarre an all dem.

Glenn Diesen: Michael, vielen Dank, dass Sie sich wie immer die Zeit genommen haben.